# GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Datum: 27.11.2026

**Land und Kommunen im Gespräch über Flächen für Zukunftstechnologie-Betriebe im Bereich der Ringsheimer Autobahnzufahrt**

*Bürgermeister aus Ringsheim, Ettenheim, Herbolzheim, Kappel-Grafenhausen und Rust sehen große Chancen für die gesamte Region, wünschen aber von Anfang an intensive und vollumfängliche Bürgerbeteiligung*

RINGSHEIM.
Die Regierung Baden-Württembergs sucht im Zuge der Erstellung des neuen Landesentwicklungsplans nach den besten und dadurch landesbedeutenden Premium-Gewerbeflächen für Schlüsselindustrien der Zukunft – und sieht östlich der A5 bei Ringsheim einen möglichen Standort. Darüber hat das zuständige Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen in Gesprächen mit den Gemarkungsgemeinden Ringsheim, Ettenheim, Herbolzheim und Kappel-Grafenhausen informiert.

Das Land hat mehrere gut für Zukunftsbranchen geeignete Standorte nach einer intensiven, faktenbasierten Suche identifiziert und möchte diese im neuen Landesentwicklungsplan verankern. Vor Ort beginnen nun mit Gemeinden, Bürgerschaft, Behörden und Beteiligten erste Gespräche über die Ausgestaltung dieser „Großen Chance“, wie sie die Bürgermeister der Region bezeichnen.

Hintergrund
Die Fläche, die in Frage kommt, umfasst Gemarkungsflächen der Städte Herbolzheim und Ettenheim, der Gemeinde Kappel-Grafenhausen und insbesondere der Gemeinde Ringsheim. Angedacht ist ein Suchraum, der sich zwischen der A5 im Westen und der Bahnlinie/Bundesstraße 3 im Osten sowie nördlich und südlich der Autobahnanschlussstelle Rust/Ringsheim erstreckt. Was dort einmal angesiedelt werden kann und wie man diese Chance zum Wohl der Bevölkerung vor Ort am besten nutzt, dafür soll in Kürze ein umfassender Bürgerbeteiligungsprozess beginnen.

Auslöser der Initiative: Die Landesregierung
Für große Investitionen von hochmodernen Unternehmen fehlen nach Aussagen der Landesregierung im Südwesten entsprechende Flächen mit Planungsrecht. Ohne konkrete Anfrage werden solche Flächen aber weder vorgehalten noch entwickelt. Genau diesen gordischen Knoten will das Land nun mit seiner Initiative lösen – mit einer Aktualisierung des Landesentwicklungsplans und der damit verbundenen Ausweisung von Premium-Flächen für Zukunftstechnologien.

Klar ist dabei: Noch ist völlig offen, ob in den nächsten Jahren überhaupt auch nur ein einziger Quadratmeter bebaut wird und auch, ob und welcher Investor sich für solche Flächen interessiert. Bis zu einer möglichen Ansiedlung in einigen Jahren können die Flächen rund um die Ringsheimer Autobahnauffahrt also weiter landwirtschaftlich

genutzt werden. Es geht also nicht um eine konkrete Anfrage eines Investors, sondern darum, ob und wie das Land und die Region die Voraussetzungen für die wirtschaftlichen Chancen von morgen schaffen will.

Nach den Plänen des Landes sollen die sogenannten landesbedeutsamen Standorte Platz für Zukunftsbranchen und Unternehmen mit Schlüsseltechnologien bieten, etwa aus der Medizintechnik, dem Maschinenbau, der Robotik oder auch der Biotechnologie sowie der Green-Tech-Industrie. Vorausgegangen ist eine landesweite Standortsuche mit vielen Mindestanforderungen: Mindestens 50 Hektar nicht durchschnittene Fläche, eine äußerst gute Anbindung an die Autobahn ohne Ortsdurchfahrt, eine ebene Fläche, eine geringe Entfernung zu einem Bahnhof und eine berufspendelbare Entfernung zur nächsten Großstadt sind nur einige der zugrunde gelegten Kriterien.

Stimmen aus der Region

Pascal Weber, Bürgermeister der Gemeinde Ringsheim, auf der ein Großteil der angedachten Flächen liegen, zur möglichen Ausweisung im Landesentwicklungsplan: „Wir waren über die Information des Landes überrascht, haben aber unser Interesse bekundet und erste Gedanken gemacht. Es bedeutet für unsere gesamte Region eine absolut einmalige Chance, dass wir zu den bestgeeigneten Flächen für Zukunftstechnologien in ganz Baden-Württemberg zählen könnten. Damit verbinden sich Aussichten auf hochwertigste Arbeitsplätze, Wertschöpfung und viele weitere Vorteile. Durch viele angestrebte Berufspendler in das neue Gebiet wird auch unser Bahnhalt im Ort nochmals kräftig gestärkt. Gut für unsere Pendler, Schüler, Gäste und den Tourismus insgesamt. Für uns hier vor Ort wird aber entscheidend sein, dass Ringsheim trotzdem weiter Ringsheim bleibt und seinen charmanten, dörflichen Charakter behält. Hier gibt es auch im Land gute Beispiele, wie dies in ähnlichen Situationen gelungen ist. Weiter muss sichergestellt sein, dass die Entscheidung über das Entwicklungstempo, die Bauleitplanung über angedachte Ansiedlungen bzw. jeden Investor hier vor Ort getroffen wird. Das hat uns das Land fest zugesagt, das ist Grundvoraussetzung.“

Alle fünf Kommunen sind sich dabei einig, dass eine frühzeitige, intensive und vollumfängliche Bürgerbeteiligung, verbunden und begleitet von einem regionalen Entwicklungskonzept, absolute Grundvoraussetzung für den weiteren Fortgang sind. „Der bürgerschaftliche Dialog soll die Idee und Planung für die Premiumfläche noch besser machen“, hoffen die Rathaus-Chefs. Und gleichzeitig müssen wir alle gesellschaftlichen Gruppen in den Blick nehmen, die berührt sind.

Ettenheims Bürgermeister Bruno Metz und sein gewählter Nachfolger Alexander Ruchti ergänzen: „"Wir wollen selbstverständlich zeitnah das Gespräch mit den Flächeneigentümern und den Landwirten suchen, um frühzeitig gemeinsam die vielfältigen offenen Fragen, insbesondere für diese beiden Gruppen zu besprechen und die damit verbundenen Herausforderungen in den Prozess mit einzubinden. Auch die Durchgrünung des Gebiets, Frei- und Erholungsflächen, landschaftsverbindende Grünachsen sollen durch ein gut durchdachtes und gemeinsam entwickeltes Grünkonzept berücksichtigt werden. Der Immissionsschutz und die Verkehrserschließung muss die Interessen der Anwohner berücksichtigen und so verträglich wie möglich gestaltet werden. Diese und viele weitere wichtigen Themen möchten wir intensiv mit der Bevölkerung besprechen und mit ihr gemeinsam Lösungen erarbeiten".

Die Kommunen wissen aber auch, dass es noch große Herausforderungen auf dem weiteren Weg gibt: Eine möglichst vollständig erneuerbare Strom- und Energieversorgung, der schonende Umgang mit der Ressource Trinkwasser und die Regenwasserversickerung im Gebiet, um nur Einige zu nennen. Für die Bürgerschaft darf es dabei zu keinen Steuer- und Gebührenerhöhungen kommen.

Herbolzheims Bürgermeister Thomas Gedemer rückt weitere wichtige Aspekte in den Fokus: „Die Landesregierung Baden-Württemberg bietet die Chance, dass auf dieser Fläche hochmoderne Arbeits- und Ausbildungsplätze der Zukunft für unsere nächste und übernächste Generation entstehen. Dazu Wertschöpfung für unsere Region und die gesamte Raumschaft Ortenau/Emmendingen. Allerdings ist dieses Projekt von so großer Tragweite für unsere Region, dass die breite Bürgerschaft hier vor Ort in den Entscheidungsprozess intensiv einzubinden ist. Nur wenn der politische Wille einer Mehrheit der Bevölkerung da ist, kann an dieser Stelle eine „Wirtschaft der Zukunft“ entstehen.

In solch wirtschaftlich höchst angespannten Zeiten, in denen auch in der Region Arbeitsplätze gefährdet sind, betonen die Bürgermeister nochmals auch die große Verantwortung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region zwischen Offenburg und Freiburg. Zulieferbetriebe im Rahmen einer angestrebten Clusterbildung, regionale Dienstleistungsnotwendigkeiten sowie eine Stärkung der schon bestehenden Betriebe in der Raumschaft durch die neuen Premiumflächen sind dabei durchaus möglich, wie die nachgewiesenen Auswirkungen des Europa-Parks auf die Region beispielhaft beweisen. Eine enge Kooperation mit regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen könnte modernste, attraktive und ortsnahe Arbeitsplätze schaffen.

„Für große Investitionen braucht es Fläche, bevor die erste Anfrage auf dem Tisch liegt. Da liegt es nahe, dass wir uns zu einem interkommunalen Zweckverband zusammenschließen, auch wenn über 70% der Grundstücke auf Ringsheimer Gemarkung liegen. Wir wollen diesen möglichen Weg als starkes Bündnis aus den vier Gemarkungs-Kommunen gemeinsam gehen. Zusätzlich nehmen wir auf ausdrücklichen Wunsch Ringsheims auch noch die Gemeinde Rust in unsere Gemeinschaft mit dazu. Rust und Ringsheim arbeiten schon Jahrzehnte engstens zusammen, insbesondere im Tourismusgebiet ZVT, welches gerade beim Thema Verkehr (Bahnhof, Autobahn) auch unmittelbar tangiert ist und wo es schon viel Erfahrung bei großen Projekten gibt“, sagt Philipp Klotz, Bürgermeister der Gemeinde Kappel-Grafenhausen. „Über die Rahmenbedingungen zu diesem angestrebten Zweckverband stehen wir in engem Austausch. Die Gründung soll bei einer Auswahl der Fläche zeitnah erfolgen. Der Zweckverband könnte dann das weitere Verfahren, insbesondere die intensive Bürgerbeteiligung und danach die nötige Bauleitplanung übernehmen.“

Zum Abschluss ergänzt der Ruster Bürgermeister Dr. Kai-Achim Klare: „Der gesamte Prozess muss von einem umfassenden regionalen Entwicklungskonzept (REK) flankiert werden, welches wir gemeinsam mit dem Regionalverband erarbeiten müssen. Darin sind alle Themen der sozialen Infrastruktur (z.B. Kitas, Schule), aber auch das Thema „Wohnen“ und vieles mehr zu betrachten. Klar ist, nur mit ausreichender sozialer Infrastruktur und der Ermöglichung zur Schaffung von Wohnraum in unserer Region und weit darüber hinaus kann eine solche Fläche

schrittweise und über Jahre und Jahrzehnte umgesetzt werden. Rust und Ringsheim kennen das bei der schrittweisen Entwicklung von Rulantica/Kronasar schon, die auch über zwei Jahrzehnte gedauert hat.“

Weitere Zeit- und Bürgerbeteiligungs-Planung
Vorab informiert wurden die Gemeinderäte und Bürgermeister vom Landesministerium Anfang November bei einem Info-Abend im Ringsheimer Bürgerhaus. Das weitere Verfahren erfolgt in mehreren Schritten: Nach einer Entscheidung des Landeskabinetts, welche Standorte in den Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans aufgenommen werden sollen, folgt zu diesem Entwurf ein Beteiligungsverfahren, in dem Kommunen, Bürgerschaft und weitere Beteiligte Stellung nehmen können. Erst mit Inkrafttreten des neuen Landesentwicklungsplans wären die Standorte verbindlich festgelegt. Baurecht entsteht dadurch noch nicht. Über die konkrete Entwicklung der Flächen entscheiden die Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit. Die finalen Voraussetzungen für eine mögliche Unternehmensansiedlung müssen durch weitere Planungsschritte geschaffen werden.

Die Städte und Gemeinden möchten bereits vor einer möglichen Entscheidung des Kabinetts für den Standort in Ringsheim alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer ersten Bürgerinformation am Dienstag den 08. Dezember 2026, 19:00 Uhr, in die Kahlenberghalle Ringsheim, Am Sportplatz 1, 77975 Ringsheim einladen. Das zuständige Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen hat den Kommunen dafür nun „grünes Licht“ erteilt. Die Veranstaltung wird auch über die Homepage www.ringsheim.de live im Internet verfolgbar sein.

Dort werden Grundidee und Verfahrensstand erklärt, Chancen, Herausforderungen und Ziele benannt und Fragen aus der Bürgerschaft aufgenommen. Fragen und Antworten werden anschließend auf einer Projektwebsite dokumentiert.

Die Veranstaltung soll Auftakt für die intensive Bürgerbeteiligung sein. Eine zweite Bürgerinformation ist für Mitte Januar terminiert, anschließend sollen Spaziergänge über die Fläche, Themenwerkstätten, Exkursionen und weitere Info-Abende folgen.

---

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Gemeinde Ringsheim
Bürgermeister Pascal Weber
Rathausplatz 1
77975 Ringsheim
Tel.: 07822/8939-11
E-Mail: gemeinde@ringsheim.de